

„Macht endlich eine Politik für die Menschen“

IG Metall läuft Sturm gegen Niedriglöhne, Leiharbeit und fehlende Perspektiven für die Jugend – Protestaktion in Rosenberg

Rosenberg. (bg) Die IG Metall läuft Sturm gegen Niedriglöhne, Leiharbeit und die nach ihrer Feststellung immer geringer werdende Aussichten junger Menschen auf sichere Arbeitsplätze und faire Bezahlung: Im Rahmen einer bundesweiten Protestaktion gingen gestern in Rosenberg mehrere Hundert Gewerkschafter aus Betrieben der Region Odenwald-Tauber auf die Straße, um „soziale Schiefelage und Verarmungsrisiko“ in Deutschland anzuprangern und „eine Politik für die Menschen“ zu fordern. „Wir dürfen der Jugend keine prekären Arbeitsplätze hinterlassen“, unterstrich der Tauberbischofsheimer IG-Metall-Bevollmächtigte Koch auf der Kundgebung vor dem Rathaus, wo sich auch die örtliche Grundschule und der Kindergarten an der Demonstration beteiligten.

Nach Feststellung der IG Metall verdrängt die weiter steigende Zahl an Leiharbeitern zunehmend qualifizierte, gesicherte und tariflich entlohnte Arbeitsplätze und spaltet Belegschaften in Arbeitnehmer erster und weiter Klasse. Für viele reiche das Einkommen aus einer Vollzeitbeschäftigung nicht mehr aus, um den Lebensunterhalt zu bestreiten.

50 Prozent der Auszubildenden würden von ihren Betrieben nicht übernommen; für immer mehr junge Menschen beginne damit ein trostloser Kreislauf, weil sie sich, schlecht bezahlt und ohne Sicherheit, von Job zu Job hangeln müssten.

Dem Aufruf der IG Metall, angesichts dieser Situation ein Zeichen zu setzen und Solidarität zu beweisen, folgten gestern zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder

aus Betrieben u.a. aus Walldürn, Hainstadt, Seckach, Adelsheim, Lauda, Tauberbischofsheim, Freudenberg, Assamstadt und Bad Mergentheim und versammelten sich am Vormittag am Werkstor der Rosenberger Firma Getrag, deren etwa 200 Beschäftigten zählende Frühsschicht ebenfalls für mehrere Stunden die Arbeit niederlegten

Der stattliche Demonstrationszug zog von Getrag-Werk zum Rathaus, wo der Erste Bevollmächtigte der IG-Metall-Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim, Koch, und Getrag-Betriebsratsvorsitzender Harlacher in einer Kundgebung sichere und fair bezahlte Arbeitsplätze forderten und scharfe Kritik an einer Politik zu Lasten der Arbeitnehmer und der jungen Generation übten.

Nachdem die Wirtschaftskrise durch gemeinsames Handeln von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Politik überwunden worden sei, werde nun im Aufschwung der Konsens von Unternehmern und Politikern gebrochen, stellte Koch fest. Die Politik habe Bedingungen geschaffen, die zu einer Verdrängung normaler Beschäftigungsverhältnisse und zu Perspektivlosigkeit der Jugend führten.

Koch forderte wirksame Gesetze zur Eindämmung von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung, gleiches Geld für gleiche Arbeit und Zukunftssicherheit für Auszubildende und warnte zugleich mit Nachdruck vor drastischen Folgen einer falschen Politik für die Gesellschaft. Eine Folge falscher Politik sei, das die Erwerbslosenquote in der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen fast doppelt so groß sei

wie die der Gesamtbevölkerung.

Der Wert der Arbeit müsse wieder höher werden; nur faire Entgelte stärkten die Binnenkonjunktur und die sozialen Sicherungssysteme, betonte Koch und unterstrich: „Arbeit darf nicht zur Ramschware verkommen.“

Koch wertete es als Skandal, dass die Politik zwar über Nacht ein Milliardenpaket zur Bankenrettung geschnürt, aber es über Monate hinweg nicht fertiggebracht habe, in Sachen Hartz IV und Mindestlohn eine akzeptable Lösung zu finden. „Macht endlich eine Politik für die Menschen“, forderte der Gewerkschafter an die Adresse der Politik.

Getrag-Betriebsratsvorsitzender Har-

lacher unterstrich die Bedeutung des Protesttages, an dem sich Hunderttausende in ganz Deutschland beteiligten: „Das muss in Berlin zu hören sein.“ Zugleich stellte er heraus, dass die Thematik die gesamte Gesellschaft angehe.

Harlacher und Koch freuten sich deshalb umso mehr über die Beteiligung der Rosenberger Grundschule und des Kindergartens an der Aktion, in der es letztlich vor allem auch um die Zukunft der Jugend gehe. Besonderen Dank stattete Koch den Getrag-Beschäftigten ab, die ein beispielhaftes Zeichen der Solidarität gesetzt hätten, zumal in ihrem Unternehmen „Leiharbeit und Nicht-Übernahme von Auszubildenden kein Thema“ sei.



„Es geht um die Zukunft der Jugend“, unterstrich IG-Metall-Bevollmächtigter Gerd Koch bei der Protestaktion der Gewerkschaft in Rosenberg und freute sich daher umso mehr über die Teilnahme der Grundschule und des Kindergartens an der Kundgebung. Foto: B. Gassenbauer